NIEDERSCHRIFT

über die 23. Beratung des Finanzausschusses am 19.10.2017

Ort: Rathaus Kleinmachnow, Adolf-Grimme-Ring 10; Sitzungsraum 2/3, 3. OG
Beginn: 18:30 Uhr
Ende: 21:35 Uhr
Anwesenheit: siehe Anwesenheitsliste

Öffentlicher Teil

TOP 1 Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Eröffnung der Sitzung des Finanzausschusses und Begrüßung der Anwesenden durch den Vorsitzenden des Finanzausschusses, Herrn Warnick.

Es wird festgestellt, dass die Ladung zur heutigen Sitzung an alle Finanzausschussmitglieder ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgte.

Die Beschlussfähigkeit kann festgestellt werden, es sind 6 Gemeindevertreter anwesend.

TOP 2 Ergänzung und Feststellung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung des Finanzausschusses am 19. Oktober 2017

Herr Warnick informiert, dass eine Anfrage für den nichtöffentlichen Teil, seitens Frau Dr. Bastians-Osthaus, gestellt wurde. Die Antwort darauf ist als Tischvorlage verteilt und die Behandlung erfolgt im nichtöffentlichen Teil.

Des Weiteren teilt Herr Warnick mit, dass die gefassten Maßgaben aus den anderen Fachausschüssen ebenfalls als Tischvorlage verteilt sind.

Frau Schwarzkopf merkt an, dass Sie unter „Sonstiges“ etwas ansprechen wird.

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung am 19. Oktober 2017 wird durch den Vorsitzenden des Finanzausschusses, Herrn Warnick, festgestellt.

- Herr Frings, Herr Dr. Vosseler und Herr Schramm nehmen ab 18:35 Uhr an dieser Sitzung teil.

TOP 3 Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung des Finanzausschusses vom 7. September 2017

- Herr Templin nimmt ab 18:37Uhr an dieser Sitzung teil. Somit sind 7 Gemeindevertreter anwesend.

Einwendungen gegen die Niederschrift liegen nicht vor.

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 7. September 2017 wird festgestellt.

TOP 4	Überprüfung der Festlegungen aus dem Sitzungsprotokoll vom 7. September 2017
--------------	---

	aus dem Protokoll Nr. 17	
F 18/17.16	Der Vorsitzende wird gebeten, eine früher bereits erarbeitete Zusammenstellung zur Thematik „Zuwendungen vom Land“ in Zusammenarbeit mit der Verwaltung zu aktualisieren und dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen.	Termin: Aufgrund des hohen Aufwandes, keine Terminsetzung Herr Warnick & Verwaltung Weiterführung
	aus dem Protokoll Nr. 18	
F 20/18.17	Die Verwaltung wird gebeten, die Auflistung der pflichtigen und freiwilligen Aufgaben jeweils mit Zahlen zu untersetzen.	Termin: Aufwand muss erst geprüft werden, deshalb keine Terminsetzung Büro BBM / Kämmerei Weiterführung
	aus dem Protokoll Nr. 22	
F 25/22.17	Die Verwaltung wird gebeten, die Informationsvorlage INFO 018/17 (Ausbau von Straßen und Gehwegen in der Gemeinde Kleinmachnow, hier: Allgemeine Festlegungen zum Verfahrensablauf), die im Bau- und Umweltausschuss behandelt wurde, an alle sachkundigen Einwohner des Finanzausschusses zu verteilen.	Termin: <u>am 11.09.2017 per E-Mail an alle sachkundigen Einwohner der Finanzausschusses versendet</u> Frau Kroschke erledigt

Zur offenen Festlegung F 20/18.17 teilt Frau Braune mit, dass die Verwaltung an der Aufstellung arbeitet.

TOP 5	Neufassung Zweitwohnungssteuersatzung
--------------	--

DS-Nr. 147/17/1

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beschließt die in der Anlage beigefügte Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuersatzung in der Gemeinde Kleinmachnow ab 01.01.2018.

Frau Braune erläutert kurz die vorliegende Beschlussvorlage. Sie macht darauf aufmerksam, dass Frau Winkler, Sachgebietsleiterin Steuern, für Fragen zur Verfügung steht.

Herr Dr. Vosseler ist der Meinung, dass beim § 8 „Steuersatz“ das Wort „Nettokaltmiete“ gestrichen werden kann. Aus seiner Sicht reicht die Formulierung: „Die Steuer beträgt 10 v. H. der jährlichen Bemessungsgrundlage.“

Dieser Formulierung kann Frau Winkler zustimmen.

Weiterhin merkt Herr Dr. Vosseler zum § 5 Abs. 3 an, dass aus seiner Sicht der Termin zur Beendigung der Steuerpflicht fehlt, wenn erstmals die Voraussetzungen für eine Steuerbefreiung eintreten. Er schlägt folgende Formulierung vor: „... oder die Voraussetzung für das Vorliegen einer Zweitwohnung entfallen, oder die Voraussetzung für die Steuerbefreiung einer Zweitwohnung erstmals vorliegen.“

Auch dieser Formulierung kann Frau Winkler zustimmen.

Frau Dettke findet die Formulierung im § 1 Abs. 2 verwirrend.

Frau Winkler führt dazu aus, dass die Zweitwohnungssteuer eine Jahressteuer ist.

Herr Martens möchte wissen, warum der § 5 Abs. 4 benötigt wird. Aus seiner Sicht ist dieser Paragraph überflüssig.

Frau Winkler merkt dazu an, dass sie diesen Absatz nochmals prüfen wird.

Des Weiteren merkt Herr Martens an, dass in den beiliegenden Satzungen von anderen Gemeinden die Formulierung „Entstehung und Ende“ der Steuerpflicht verwendet wird. Warum wird in unserer Satzung die Formulierung „Beginn und Ende“ verwendet?

Er findet die vorliegende Satzung zur Zweitwohnungssteuer zu lang und zu verwirrend.

Auch Herr Templin findet, dass die „neue“ Satzung zur Zweitwohnungssteuer schlechter ist, als die „alte“. Auch die zeitliche Regelung ist in der alten Fassung, in Anlehnung an das Meldegesetz, viel übersichtlicher gefasst.

Herr Templin äußert sich ausführlich zur vorgelegten Satzung der Zweitwohnungssteuer. Abschließend ist er der Meinung, dass die hier vorgelegte Drucksache abgelehnt werden muss.

Frau Winkler führt aus, dass eine gewisse Regelmäßigkeit vorhanden sein muss, um zweitwohnungssteuerpflichtig zu sein. Wenn ein Studierender in den Semesterferien nach Hause kommt, ist er nicht zweitwohnungssteuerpflichtig.

Herr Templin möchte wissen, wo das in der Satzung geschrieben steht.

Frau Winkler merkt dazu an, dass es dafür keine rechtliche Regelung gibt, wie oft oder wie lange eine Zweitwohnung aufgesucht sein muss. Ob eine Person Studierender ist, muss der Verwaltung mitgeteilt werden.

Herr Dr. Vosseler findet es nicht klar geregelt, dass ein Studierender, der in den Semesterferien nach Hause kommt, nicht zweitwohnungssteuerpflichtig ist.

Herr Warnick äußert, dass es hilfreich wäre, wenn Einwände oder Fragen vorhanden sind, diese vorab mit der Verwaltung zu klären.

Er fragt nun, wie jetzt weiter verfahren werden soll.

Frau Dr. Bastians-Osthaus findet, dass es keinen Zeitdruck gibt. Sie findet die Kritik von Herrn Warnick nicht gerechtfertigt. Sie sieht kein Problem darin, dass die Satzung von der Verwaltung nochmals überarbeitet und erneut eingebracht wird.

Herr Martens macht nochmals deutlich, dass die beigelegten Satzungen anderer Kommunen klarer formuliert sind, als unsere eigene.

Herr Warnick stellt klar, dass dies keine Kritik von ihm war, sondern ein Vorschlag. Herr Templin und Herr Martens sollten vielleicht mit der Verwaltung zusammen ihre offenen Fragen bzw. Unklarheiten besprechen.

Die Verwaltung begrüßt den Vorschlag von Herrn Warnick.

Frau Dettke macht den Vorschlag, im § 1 Abs. 1 die Formulierung „Fälligkeit bei einer kostenpflichtigen Zweitwohnung“ aufzunehmen. Wer keine Miete zahlt, sollte auch nicht zweitwohnungssteuerpflichtig werden.

Sie schlägt vor, dass der Einreicher die Drucksache zurückzieht.

Herr Templin findet den Vorschlag von Frau Dettke gut.

Frau Winkler stellt die Frage in den Raum, wie dann mit den Hauseigentümern, die mit Zweitwohnung gemeldet sind, verfahren wird. Sie zahlen ja keine Miete. Die

müssten dann befreit werden, was aber nicht Sinn der Sache ist.
Herr Warnick fragt die Verwaltung, ob die Drucksache zurückgezogen wird.

Die Verwaltung zieht die Drucksache DS-Nr. 147/17/1 zurück.

TOP 6

Familienzentrum

DS-Nr. 150/17

Beschlussvorschlag:

1. Die Gemeinde Kleinmachnow beabsichtigt, schrittweise ein Familienzentrum in Kleinmachnow einzurichten.
2. Der Bürgermeister wird daher wie folgt beauftragt:
 - a) Es sind notwendige Räume bereitzustellen.
Für einen Zeitraum von zunächst drei Jahren ist ein zentral gelegenes Ladengeschäft mit einer Fläche von ca. 160 m² zu einem Mietpreis von maximal 25.000 € brutto warm mit Beginn zum 01.01.2018 anzumieten.
 - b) Ein externer Träger soll das Familienzentrum betreiben.
Zur Findung eines Freien Trägers ist ein Interessenbekundungsverfahren zum Betrieb des Familienzentrums für zunächst drei Jahre auszuschreiben. Der Betrieb des Familienzentrums soll zeitnah beginnen.
 - c) Ca. zwei Jahre nach Eröffnung des Familienzentrums ist eine Evaluation durchzuführen mit dem Ziel der Entscheidung der Gemeindevertretung über einen weiteren Betrieb des Familienzentrums.

Herr Piecha erläutert die vorliegende Beschlussvorlage.

Die Beschlussvorlage DS-Nr.: 150/17 wurde im entsprechenden Fachausschuss wie folgt abgestimmt:

Kulturausschuss 6 Ja-Stimmen; 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen mit Maßgabe

Herr Piecha nimmt Bezug auf die formulierte Maßgabe des Kulturausschusses.

Er macht darauf aufmerksam, dass eine befristete Einstellung eine Erhöhung des Stellenplanes bedeutet. Geschätzt werden die Personalkosten auf ca. 60.000,00 €, wobei der Landkreis diese Stelle fördert.

Er macht aber auch deutlich, dass die Stelle mit eigenem Personal durchaus Probleme mit sich ziehen kann, nämlich wenn die Person krank wird oder Urlaub hat. An solchen Tagen wäre das Familienzentrum nicht besetzt. Ein freier Träger wäre daher günstiger.

Eine Befristung dieser Stelle auf 3 Jahre ist ebenfalls problematisch, laut Herrn Piecha. Eine Befristung, laut Gesetz, endet, wenn das Projekt beendet ist. Das Familienzentrum soll aber dauerhaft betrieben werden.

Frau Schwarzkopf schlägt vor, die Befristung der Stelle an den lokalen Standort zu binden. Das heißt, wenn das Familienzentrum einmal umzieht, endet die Befristung. Dazu merkt Herr Piecha an, dass nach dem Gesetz der Ort des Projektes keine Rolle spielt für eine Befristung.

Herr Templin findet gut, dass Herr Piecha den Hinweis zur Befristung gegeben hat. Das ist sehr wichtig. Er bittet jedoch Herrn Piecha bis zum Hauptausschuss zu prüfen, ob eine Befristung für den Zeitraum des Projektaufbaus möglich ist.

Herr Piecha wird dies bis zum Hauptausschuss prüfen und dann dazu berichten.

Frau Dr. Bastians-Osthaus spricht sich für eine bedarfsgerechte Entwicklung des CupCake aus. Die dortigen Räumlichkeiten sind vormittags frei. Die Person, die für

das Familienzentrum zuständig sein soll, kann im Team Carat eingebunden werden. Bei Krankheit oder Urlaub kann eine Mitarbeiterinnen oder ein Mitarbeiter aus dem Team Carat einspringen.

Herr Piecha findet diese Idee gut und wird auch das bis zum Hauptausschuss prüfen, ob das Team Carat bzw. CupCake Kapazitäten frei hätten, wenn die Mitarbeiterin bzw. der Mitarbeiter für das Familienzentrum aus krankheitsbedingten Gründen oder auch Urlaub ausfällt.

Frau Schwarzkopf regt an, auch nochmals darüber nachzudenken, eine Honorarkraft einzustellen.

Herr Templin bringt die Maßgabe aus dem Kulturausschuss auch in den Finanzausschuss ein.

Herr Templin formuliert die Maßgabe:

Die Ziffer 2 des Beschlussvorschlages wird wie folgt geändert:

„Der Bürgermeister wird wie folgt beauftragt:

- a) die notwendigen Räume bereitzustellen,*
- b) eine Person mit Erfahrung im Bereich Familienzentren einzustellen und dafür – befristet auf drei Jahre - eine Stelle im nächsten Haushalt vorzusehen.*

Der Punkt c) entfällt.

Herr Warnick stellt die Maßgabe zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Maßgabe erfolgt einstimmig mit 7 Ja-Stimmen.

Herr Warnick stellt die Drucksache DS-Nr.: 150/17 mit Maßgabe zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Drucksache DS-Nr.: 150/17 mit Maßgabe erfolgt einstimmig mit 7 Ja-Stimmen.

TOP 7

Bürgerhaushalt 2018 - TOP 10 Liste

DS-Nr. 146/17

Beschlussvorschlag:

Im Zusammenhang mit dem Bürgerhaushalt 2018 beschließt die Gemeindevertretung zu den einzelnen Punkten der TOP 10 Liste wie folgt:

Platz 1 Nr. 84 Nutzung der Grünfläche zwischen Rathaus Rückseite und Eingang Grundschule Auf dem Seeberg zur Hälfte als eingegitterter Fußballplatz sowie zur anderen Hälfte als Bewegungsparcours für alle Generationen mit Bewegungsgeräten

- keine Realisierung beabsichtigt
- keine Auswirkung auf den Haushalt 2018
- Vorhaben wird nicht weiterbearbeitet

Platz 2 Nr. 55 Zuschuss für TKS-Netz erhöhen für bessere Busverbindungen: kürzere Takte für die Busse zu S- und U-Bahn in Zehlendorf und Teltow vor allem in den Hauptverkehrszeiten, sowie ein regelmäßig verkehrender Bus 628 (statt Rufbus) oder eine Linie, die den Bereich Rudolf-Breitscheid-Straße/Märkische Heide/Steinweg abdeckt.

- keine Realisierung in 2018
- keine Auswirkung auf den Haushalt 2018

- Vorhaben wird weiterbearbeitet

Platz 3 Nr. 60 S- und Regionalbahnanschluss muss mit allen Mitteln unterstützt und vorangetrieben werden

- wird unterstützt
- keine Auswirkungen auf den Haushalt 2018

Platz 4 Nr. 36 Anlage eines öffentlichen Kompostplatzes, der kostenfrei nutzbar ist

- keine Realisierung beabsichtigt
- keine Auswirkung auf den Haushalt 2018
- Vorhaben wird nicht weiterbearbeitet

Platz 5 Nr. 12 Leinenpflicht für Hunde durchsetzen

- Realisierung in 2018 möglich, gesonderter Beschluss erforderlich
- keine Auswirkung auf den Haushalt 2018
- Vorhaben wird weiterbearbeitet

Platz 6 Nr. 68 Lärmschutz von der BAB 115. Bei Westwind hat man selbst am Arnold-Schönberg-Ring das Gefühl, die AVUS läuft am Rathausmarkt entlang. Hier muss sicherlich für gesamt Kleinmachnow etwas getan werden.

- wird unterstützt
- keine Auswirkungen auf den Haushalt 2018

Platz 7 Nr. 16 Aus Sicht der Umweltbelastung sollte der Durchgangsverkehr durch Kleinmachnow staufrei sein. Daher Parkverbot einführen an den Hauptverkehrsstraßen von Kleinmachnow: Ernst-Thälmann-Straße, Thomas-Müntzer-Damm, Zehlendorfer Damm oder Karl-Marx-Straße

- punktuelle Realisierung in 2018 angestrebt
- 2018 Kosten für entsprechende Beschilderung und deren Aufstellung 5.000 €
- Vorhaben wird weiterbearbeitet

Platz 8 Nr. 92 Errichtung von ein oder zwei großen Abenteuerspielplätzen mit mehr Abwechslung für Kinder aller Altersgruppen und mit solider, vielseitiger Ausstattung (Seilbahn, Wasser, Tischtennisplatten, Basketballkörbe, Kletterelemente etc.)

- Ziel ist die Realisierung
- Kosten für Standortsuche und erste Planungsüberlegungen in Höhe von 20.000 € im Haushalt 2018
- Vorhaben wird weiterbearbeitet

Platz 9 Nr. 88 KITA-Gebühren reduzieren oder sogar abschaffen

- keine Abschaffung der KITA-Gebühren durch die Gemeinde
- keine Auswirkung auf den Haushalt 2018
- Vorhaben wird durch Überarbeitung der Entgeltordnung weiterbearbeitet

Platz 10a Nr.21 Einstellung eines Stadjägers

- keine Realisierung beabsichtigt
- keine Auswirkungen auf den Haushalt 2018
- Vorhaben wird nicht weiterbearbeitet

Platz 10b Nr.15 Schnellstmögliche Umwidmung des Parkraumes im Bereich Rathausmarkt in Kurzzeitparkplätze

- Realisierung eines ersten Konzepts voraussichtlich Ende 2017 durch die gewog
- keine Auswirkungen auf den Haushalt 2018

Frau Braune erläutert die vorliegende Beschlussvorlage und macht darauf aufmerksam, dass dazu diverse Maßgaben in den Fachausschüssen beschlossen wurden.

Die Beschlussvorlage DS-Nr.: 146/17 wurde in den entsprechenden Fachausschüssen wie folgt abgestimmt:

Bauausschuss	keine Abstimmung der Drucksache <u>Abstimmung Maßgabe zum Platz 1</u> 7 Ja-Stimmen; 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen <u>Abstimmung Maßgabe zum Platz 4</u> 6 Ja-Stimmen; 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen <u>Abstimmung Maßgabe zum Platz 6</u> 7 Ja-Stimmen; 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen <u>Abstimmung Maßgabe zum Platz 8</u> 7 Ja-Stimmen; 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen
Kulturausschuss	keine Abstimmung der Drucksache <u>Abstimmung Maßgabe zum Platz 1</u> 7 Ja-Stimmen; 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung <u>Abstimmung Maßgabe zum Platz 8</u> 7 Ja-Stimmen; 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen <u>Abstimmung Maßgabe zum Platz 9</u> 7 Ja-Stimmen; 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen
Umweltausschuss	keine Abstimmung der Drucksache <u>Abstimmung Maßgabe zum Platz 2</u> 5 Ja-Stimmen; 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen <u>Abstimmung Maßgabe zum Platz 3</u> 7 Ja-Stimmen; 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen <u>Abstimmung Maßgabe zum Platz 5</u> 5 Ja-Stimmen; 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen <u>Abstimmung Maßgabe zum Platz 7</u> 7 Ja-Stimmen; 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen <u>Abstimmung Maßgabe zum Platz 10a</u> 5 Ja-Stimmen; 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen <u>Abstimmung Maßgabe zum Platz 10b</u> 5 Ja-Stimmen; 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen

Herr Warnick stellt nun die Frage, wie der Finanzausschuss jetzt weiter verfahren will. Übernimmt der Finanzausschuss die Maßgaben der anderen Fachausschüsse oder stellen wir eigene Änderungsvorschläge?

Frau Dettke merkt an, dass für den Bürgerhaushalt 500.000,00 € in den Haushalt ein-

gestellt wurden. Nun sind aber 9 Vorschläge von Bürgern ohne finanzielle Auswirkungen im Haushalt 2018. Sie stellt die Frage, was das soll. Aus ihrer Sicht sollten dann die Plätze nachrutschen, die finanzielle Auswirkungen haben. Die jetzige Verfahrensweise findet Sie ärgerlich.

Nochmals brachte Frau Dettke ihren Ärger zum Ausdruck, dass kein Gemeindevertreter bzw. Gemeindevertreterin der SPD-Fraktion in der Arbeitsgruppe Bürgerhaushalt vertreten war.

Die Mitglieder des Finanzausschusses sind der Meinung, dass dies in der Fraktion geklärt werden muss.

Frau Dr. Bastians-Osthaus teilt mit, dass sie die Maßgaben aus dem Kulturausschuss auch in den Finanzausschuss einbringen wird.

Herr Templin berichtet, dass Herr Bültermann im Kulturausschuss angemerkt hat, dass es aus seiner Sicht besser gewesen wäre, wenn die Verwaltung 10 einzelne Beschlüsse für die 10 Vorschläge eingebracht hätte. Die Verfahrensweise, alle 10 Vorschläge in einen Beschluss zu fassen, ist nicht glücklich.

Auch Herr Templin appelliert an die Verwaltung, 10 einzelne Beschlüsse einzubringen.

Dem schließt sich auch Herr Warnick an.

Herr Piecha nimmt diese Anregung auf und wird dies prüfen. Er macht aber gleich darauf aufmerksam, dass es dann keine neuen bzw. weiteren Anlagen geben wird.

Aus seiner Sicht können die Maßgaben aus den einzelnen Fachausschüssen nur bedingt durch die Verwaltung übernommen werden. Als Beispiel nannte er die Maßgabe zum Bolzplatz Rathaus Rückseite. Die Umsetzung der Maßgabe sieht er problematisch.

Herr Warnick fragt nach, ob die Beschlüsse Auswirkungen auf den Haushalt haben? Seine Frage zielt auf den zeitlichen Ablauf hin. Wenn jetzt 10 einzelne Beschlüsse durch die Verwaltung vorgelegt werden, gehen diese dann nochmals in die Fachausschüsse?

Auf die Frage von Herrn Warnick teilt Herr Piecha mit, wenn die Verwaltung 10 einzelne Beschlüsse fertigt, dann werden die zum Hauptausschuss bzw. zur Gemeindevertretung vorgelegt. Eine erneute Verweisung in die Fachausschüsse sieht er eher nicht.

Auch Herr Martens merkt kritisch an, dass die Verwaltung nur einen Beschluss statt 10 einzelne Beschlüsse vorlegt. Des Weiteren hätte er sich eine positivere Äußerung zu den Vorschlägen seitens der Verwaltung gewünscht.

Die Begründungen sieht er als Verhinderung der Bürgerinteressen.

Die Arbeitsgruppe Bürgerhaushalt, aber auch die Verwaltung, hat viel Arbeit investiert. Das ist jetzt das Resultat? Dieser Aufwand hätte sich gespart werden können, meint Herr Martens.

Herr Warnick schlägt vor, dass jetzt strukturiert jeder einzelne Platz behandelt und gegebenenfalls eine Maßgabe formuliert wird.

Platz 1 (Nr. 84) Nutzung der Grünfläche zwischen Rathaus Rückseite und Eingang Grundschule Auf dem Seeberg zur Hälfte als eingegitterter Fußballplatz sowie zur anderen Hälfte als Bewegungsparcours für alle Generationen mit Bewegungsgeräten

Frau Dr. Bastians-Osthaus bringt die Maßgabe aus dem Kulturausschuss ein.

Die Maßgabe lautet:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche andere Nutzung im Sinne der Antragstellung und mit hoher Aufenthaltsqualität auf der Fläche möglich ist.

Herr Warnick stellt die Maßgabe zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Maßgabe erfolgt einstimmig mit 6 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung.

Platz 2 (Nr. 55) Zuschuss für TKS-Netz erhöhen für bessere Busverbindungen: kürzere Takte für die Busse zu S- und U-Bahn in Zehlendorf und Teltow vor allem in den Hauptverkehrszeiten, sowie ein regelmäßig verkehrender Bus 628 (statt Rufbus) oder eine Linie, die den Bereich Rudolf-Breitscheid-Straße/Märkische Heide/Steinweg abdeckt.

Herr Templin bringt die Maßgabe aus dem Umweltausschuss ein.

Die Maßgabe lautet:

wird geändert in:

- Realisierung in 2018
- Vorbehaltlich einer Evaluierung und deren Ergebnis werden 30.000,00 € in den Haushalt für die Bezuschussung der benannten TKS-Linien in den Haushalt eingestellt
- Vorhaben wird weiter bearbeitet

Herr Piecha informiert, dass ein sachkundiger Einwohner diese Maßgabe eingebracht hat. Er hat eine Berechnung erstellt, die die Mehrkosten einer Verkürzung der Taktzeiten beinhaltet. Leider hat er es nicht im Gesamtverbund gesehen. Außeracht hat er auch gelassen, dass eine grundsätzliche Evaluierung des TKS-Systems sowieso in den nächsten Jahren ansteht.

Herr Warnick stellt die Maßgabe zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Maßgabe erfolgt mit 3 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen.

Platz 3 (Nr. 60) S- und Regionalbahnanschluss muss mit allen Mitteln unterstützt und vorangetrieben werden

Keine Änderungen!

Herr Warnick stellt den Platz 3, wie im Beschluss genannt, zur Abstimmung.

Die Abstimmung erfolgt einstimmig mit 7 Ja-Stimmen.

Platz 4 (Nr. 36) Anlage eines öffentlichen Kompostplatzes, der kostenfrei nutzbar ist

Frau Schwarzkopf findet die Formulierung „keine Realisierung beabsichtigt“ äußerst unzufrieden. Die Äußerung, dass Teltow Schwierigkeiten hatte, kann sie nicht verstehen. Dann hätte dieser Vorschlag nicht zugelassen werden dürfen.

Herr Warnick merkt an, dass eine Realisierung nicht beabsichtigt ist, ist eher aus finanzieller Sicht zu sehen. Dieses Projekt würde über viele Jahre hinweg immens hohe Kosten verursachen, die die 500.000 € bei weitem überschreiten.

Herr Tauscher informiert, dass Kleinmachnow schon einmal einen solchen Kompostplatz hatte. Der Kompostplatz muss durch eine Person überwacht werden, so dass nicht wahllos alles auf diesen Kompostplatz geworfen wird. Das bedeutet u.a. Personalkosten.

Herr Piecha teilt mit, dass die Verwaltung bereits vor Jahren über einen solchen Komposthaufen nachgedacht hat. Der sollte an der Autobahn sein. Dies wurde aber vom Landkreis abgelehnt. Des Weiteren hätte Kleinmachnow ein Standortproblem. Wo soll der Komposthaufen hin. Die Dimension muss bekannt sein, um ein solches Projekt zu starten. Es entstehen auf jeden Fall Personal-, und Sachkosten. Dabei ist davon auszugehen, dass sich die Kosten auf deutlich über 100.000,00 € pro Jahr belaufen werden.

Die Verwaltung sieht bei der Umsetzung dieses Vorschlages Bedenken.

Frau Schwarzkopf findet es nicht gut, wenn es heißt, „haben wir damals schon probiert und deshalb machen wir das nicht“. Die Technologie hat sich weiter entwickelt. Es gibt in Deutschland Bauhöfe, die solche unentgeltlichen Kompostannahmen anbieten. Sie bittet die Verwaltung darum, sich phantasievoll und kreativ in diese Richtung zu bewegen.

Herr Templin wird zu diesem Platz eine Maßgabe formulieren. Dieser Platz sollte weiterbearbeitet werden.

Aus seiner Sicht müssen die Bürgerinnen und Bürger wissen, warum diese Idee schwer umzusetzen geht. Die Verwaltung sollte in den Beschluss die Gründe nennen, warum eine Umsetzung so schwierig ist.

Frau Dettke findet die Idee eines Komposthaufens gut. Er hat es in die TOP 10-Liste geschafft. Jetzt muss sich die Verwaltung damit beschäftigen. Sie macht den Vorschlag, dass als Schülerprojekt zu starten und wenn es gut läuft, kann das der Bauhof später weiterführen.

Herr Tauscher findet die jetzt hier verwendete Methodik unglücklich. Aus seiner Sicht wird jetzt zu viel im Detail diskutiert.

Herr Warnick fragt die Mitglieder des Finanzausschusses, ob jetzt weiter so verfahren werden soll, dass jeder Platz besprochen und abgestimmt wird.

Mehrheitlich wurde sich dafür ausgesprochen.

Frau Schwarzkopf ruft nochmals in Erinnerung, warum ein Bürgerhaushalt gemacht wurde. Ziel war es damit zu erreichen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger mehr an der Kommunalpolitik beteiligen.

Herr Templin formuliert die Maßgabe:

- Zur Ermittlung des Ortes, der Kosten, der Aufwendungen sowie des dafür notwendigen Personals werden weitere Untersuchungen angestellt.
- Vorhaben wird weiter bearbeitet.

Herr Warnick stellt die Maßgabe zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Maßgabe erfolgt mit 5 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen.

Platz 5 (Nr. 12) Leinenpflicht für Hundes durchsetzen

Keine Änderungen!

Herr Warnick stellt den Platz 5, wie im Beschluss genannt, zur Abstimmung.

Die Abstimmung erfolgt mit 4 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen.

Platz 6 (Nr. 68) Lärmschutz von der BAB 115. Bei Westwind hat man selbst am Arnold-Schönberg-Ring das Gefühl, die AVUS läuft am Rathausmarkt entlang. Hier muss sicherlich für gesamt Kleinmachnow etwas getan werden.

Keine Änderungen!

Herr Warnick stellt den Platz 6, wie im Beschluss genannt, zur Abstimmung.

Die Abstimmung erfolgt einstimmig mit 5 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung.

Platz 7 (Nr. 16) Aus Sicht der Umweltbelastung sollte der Durchgangsverkehr durch Kleinmachnow staufrei sein. Daher Parkverbot einführen an den Hauptverkehrsstraßen von Kleinmachnow: Ernst-Thälmann-Straße, Thomas-Müntzer-Damm, Zehlendorfer Damm oder Karl-Marx-Straße

Frau Dr. Bastians-Osthaus bringt die Maßgabe aus dem Umweltausschuss ein.

Die Maßgabe lautet:

wird geändert in:

- Realisierung in 2018 angestrebt
- in 2018 Kosten für entsprechende Beschilderung und deren Aufstellung 10.000,00€
- Vorhaben wird weiter bearbeitet

Herr Warnick stellt die Maßgabe zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Maßgabe erfolgt mit 6 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme.

Platz 8 (Nr. 92) Errichtung von ein oder zwei großen Abenteuerspielplätzen mit mehr Abwechslung für Kinder aller Altersgruppen und mit solider, vielseitiger Ausstattung (Seilbahn, Wasser, Tischtennisplatten, Basketballkörbe, Kletterelemente etc.)

Frau Dr. Bastians-Osthaus bringt die Maßgabe aus dem Kulturausschuss ein.

Die Maßgabe lautet:

Die Verwaltung wird beauftragt zur Realisierung des Platzes 8 die Planung für das Konzept „Kinderspielen in Kleinmachnow“ (KIK) fortzuentwickeln.

Herr Warnick stellt die Maßgabe zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Maßgabe erfolgt mit 2 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen. Somit ist diese Maßgabe abgelehnt.

Nach Ablehnung der eben genannten Änderung wurde die Maßgabe in der ursprünglichen Form abgestimmt.

Herr Warnick stellt den Platz 8, wie im Beschluss genannt, zur Abstimmung.

Die Abstimmung erfolgt einstimmig mit 4 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen.

Platz 9 (Nr. 88) KITA-Gebühren reduzieren oder sogar abschaffen

Frau Dr. Bastians-Osthaus bringt die Maßgabe aus dem Kulturausschuss ein.

Die Maßgabe lautet:

Die Formulierung des Platz 9 wird wie folgt ergänzt:

1. *„Es ist keine Abschaffung der KITA-Gebühren durch die Gemeinde geplant, da dies derzeit zu einer übermäßigen Belastung des Haushaltes in Millionenhöhe führen würde.*
2. *Der Wunsch auf Reduktion der KITA-Gebühren und ihre soziale Verträglichkeit wird bei der Überarbeitung der Entgeltordnung berücksichtigt.“*

Herr Warnick stellt die Maßgabe zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Maßgabe erfolgt mit 6 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme.

Platz 10a (Nr. 21) Einstellung eines Stadtjägers

Keine Änderungen!

Herr Warnick stellt den Platz 10a, wie im Beschluss genannt, zur Abstimmung.

Die Abstimmung erfolgt mit 3 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung.

Platz 10b (Nr. 15) **Schnellstmögliche Umwidmung des Parkraumes im Bereich Rathausmarkt in Kurzzeitparkplätze**

Keine Änderungen!

Herr Warnick stellt den Platz 10b, wie im Beschluss genannt, zur Abstimmung.
Die Abstimmung erfolgt einstimmig mit 7 Ja-Stimmen.

Eine gesonderte Abstimmung über die vollständige Drucksache Nr. 146/17 erfolgt nicht.

TOP 8

Information Haushalt 2018 (aktueller Stand)

INFO 022/17

Frau Braune erläutert die vorliegende Informationsvorlage.
Sie informiert auch darüber, dass die Prioritätenliste nach den einzelnen Fachbereichen sortiert, in der 43. Kalenderwoche nochmals verteilt wird.
Frau Schwarzkopf wünscht eine Ausführung zur Anschaffung von zwei Elektrofahrzeugen für Dienstwagen.
Frau Braune führt dazu aus, dass die beiden derzeitigen Dienstfahrzeuge ausgetauscht und dafür Elektrofahrzeuge angeschafft werden. Das sind beschlossene Maßnahmen.
Frau Dettke findet die Erläuterungen zur Prioritätenliste sehr unübersichtlich vorgelesen. Aus ihrer Sicht hätte ein Beamer, zum besseren Verständnis, genutzt werden müssen. Sie möchte nun von der Kämmerin wissen, ob an der Prioritätenliste noch etwas geändert werden kann.
Laut Frau Braune können die Prioritäten nochmals geändert werden. Ein entsprechender Antrag muss dann gestellt und beschlossen werden. Sie macht aber auch darauf aufmerksam, dass der Zeitplan relativ eng ist. Es könnte daher passieren, dass der Haushalt 2018 dann nicht mehr in diesem Jahr beschlossen werden kann.
Weiterhin erinnert Frau Braune daran, dass die diesjährige Haushaltsklausurtagung sehr spät stattfand und daher kein Eckwertebeschluss mehr gefasst werden konnte. Die Verwaltung hat sich vorgenommen, dies im nächsten Jahr besser zu machen und früher mit der Haushaltsproblematik, in Zusammenarbeit mit der Gemeindevertretung, zu beginnen.
Herr Warnick ergänzt die Aussage und teilt mit, dass er sich mit der Kämmerin über diese Problematik unterhalten hat. Klar ist, dass das in diesem Jahr nicht gut gelaufen ist. Das muss im nächsten Jahr wieder besser werden.
Er macht auch nochmals darauf aufmerksam, wenn es jetzt noch einmal Änderungen in der Prioritätenliste geben soll, kann es passieren, dass der Haushalt erst in 2018 beschlossen wird.
Herr Harmsen macht deutlich, dass nunmehr seit Jahren versprochen wird, dass es nächstes Jahr besser wird. Es war schon einmal besser, als es jetzt ist. Es hat sich sehr verschlechtert.
Der Bürgermeister muss das klären, woran das liegt.
Auch Herr Tauscher ist der Meinung, dass die Absichtserklärung, dass es im nächsten Jahr wieder besser läuft, nicht zwingend glaubhaft ist. Der Bürgermeister muss sich erklären, welche Maßnahmen, ob Personalverstärkung oder was auch immer, im Finanzbereich ergriffen werden müssen.
Zur Prioritätenliste selbst merkt Herr Harmsen an, dass die Definition der Prioritäten fehlt.
Weiterhin möchte er wissen, ob die Position „Investive Deckungsreserve“ neu ist. Ist das richtig und ist diese Summe in Höhe von 150.000,00 € so im Haushalt eingestellt?
Frau Braune teilt mit, dass es sich dabei um eine „Reserve“ handelt und das ist so im

Haushalt eingestellt. Damit wird die Möglichkeit geschaffen, für Maßnahmen, wenn diese doch teurer werden, einen überplanmäßigen Antrag, durch den jeweiligen Fachbereich, zu stellen.

Herr Harmsen fragt dazu nach, ob das ohne Genehmigung der Gemeindevertretung erfolgt.

Frau Braune führt dazu aus, dass das von der Höhe der noch benötigten Mittel abhängt. Die Verwaltung legt aber eine Liste vor, wofür die über- und außerplanmäßigen Mittel verwendet wurden.

Herr Harmsen hat eine weitere Nachfrage zum Straßenumbau Förster-Funke-Allee. Es standen mehrere Varianten zur Wahl. Für welche hat man sich entschieden und gibt es dazu eine Drucksache?

Laut Frau Braune gibt es dafür einen Beschluss.

Zur Maßnahme „Grundstückserwerb Flur 8, Flurstück 12, 13 und 14 Parkplatz Adam-Kuckhoff-Platz“ merkt Herr Harmsen an, dass dort die Angabe der Drucksache fehlt. Dies ist bitte zu ergänzen.

Die Kämmerin wird dies prüfen und dann gegebenenfalls ergänzen.

Abschließend wünscht Herr Harmsen eine Aufstellung zum „EDV-Austausch“. Konkret möchte er wissen, wieviel Gelder insgesamt dafür eingestellt werden und nach welchen Kriterien der Austausch geplant wird. Er sieht dort Einsparpotenzial.

Die Kämmerin sichert die Aufstellung zu.

Herr Templin möchte wissen, wie die Unterschiede zwischen den Unterlagen der Haushaltsklausurtagung und der Prioritätenliste zustande kommen. Konkret bezieht er sich dabei auf die Steuererträge.

Die Kämmerin erläutert, dass nunmehr der aktuellste Stand der Gewerbesteuererhebungen berücksichtigt wurde. Zum anderen gab es aber auch eine Änderung der Schlüsselzuweisung.

Herr Templin möchte weiterhin wissen, ob sich alle Prioritäten 0-3 im Finanzhaushalt als Investitionsmaßnahmen wiederfinden.

Dies bejaht Frau Braune.

Herr Templin sieht Unstimmigkeiten beim Erwerb/Instandhaltung „Jägerstieg“. Wo sind welche Kosten zu finden?

Frau Braune wird dies nochmals klären und zur Haushaltsdiskussion berichten.

Zur Maßnahme „Einbau Rathauskühlung Sitzungsräume 3. OG“ fühlt sich Herr Templin nicht ausreichend informiert. Gibt es dafür einen Beschluss?

Dazu führt Frau Braune aus, dass es im vergangenen Jahr eine Temperaturmessung in ausgewählten Büroräumen gab.

Herr Templin fragt nach, ob die Mittel in Höhe von 70.000,00 € für die Planung oder bereits für die Umsetzung sein sollen.

Laut Frau Braune sind diese Mittel für die Umsetzung.

Herr Templin kündigt schon jetzt an, dass seine Fraktion in der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung noch diverse Anträge einbringen wird, die dann noch haushaltsrelevant werden könnten.

Frau Dr. Bastians-Osthaus ist aufgefallen, dass derzeit nur Elektrofahrzeuge angeschafft werden.

Dazu informiert Herr Piecha, dass dem Fuhrpark der Gemeinde Kleinmachnow noch ein Hybrid-Fahrzeug zur Verfügung steht, welches für weitere Dienstreisen benötigt wird. Der Großteil der Dienstreisen findet im Nahbereich statt und da sollen die Elektroautos genutzt werden.

Frau Schwarzkopf gibt zum Thema „Ankauf neuer Software“ zu Protokoll:

Ich hätte gern gewusst, ob es eine Beraterfirma gibt oder vielleicht auch mehrere, die die Kommune berät über den Ankauf von Software. Diese Frage möchte ich beantwortet haben.

Zum Thema „Rathauskühlung“ teilt Frau Schwarzkopf mit, dass sie auf keinen Fall

möchte, dass eine neue Studie über die Kühlung des Rathauses erfolgt. Es gibt schon eine und die hat 20.000,00 € gekostet.

Herr Piecha macht darauf aufmerksam, dass die Maßnahme lautet: „**Einbau** Rathauskühlung....“ und nicht Planung.

Herr Dr. Vosseler hat eine Verständnisfrage zur mittelfristigen Finanzplanung 2018.

Er bezieht sich auf die Zeile 46 (voraussichtlicher Bestand an eigenen Zahlungsmitteln am Anfang des Haushaltsjahres) und 47 (voraussichtlicher Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres).

Nach seinem Verständnis müsste doch der Stand am Ende des Vorjahres praktisch den Anfangsbestand des Folgejahres bilden. In den meisten Jahren ist das auch so, nur von 2016 auf 2017 und 2017 auf 2018 nicht. Woraus resultieren diese Diskrepanzen.

Frau Braune erklärt, dass im Jahr 2016 der aktuellste Stand enthalten ist, also der tatsächliche Liquiditätsbestand zum 31.12.

Die Mitglieder des Finanzausschusses nehmen die vorliegende Informationsvorlage zur Kenntnis.

TOP 9

Anfragen an die Verwaltung

Frau Schwarzkopf möchte zur Drucksache DS-Nr.: 116/16 „Haushaltsplanung – Mittel für eine Ladestation“ wissen, wie es mit der Umsetzung weiter geht.

Der Drucksache wurde am 3. November 2016 durch die Gemeindevertretung einstimmig zugestimmt.

Frau Braune berichtet, dass eine weitere Ladestation gebaut wurde. In der Haushaltsplanung 2018 sind für weitere 5 Ladestationen Mittel geplant. Dafür wird jetzt ein Antrag auf Fördermittel gestellt.

Frau Schwarzkopf nimmt darauf Bezug und teilt mit, dass das die Umsetzung des Beschlusses der CDU-Fraktion ist. Die Kommunen können sich noch bis 30. Oktober 2017 für Fördermittel bewerben.

Frau Schwarzkopf hat eine Tischvorlage „Förderrichtlinie Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in Deutschland – Gesamtliste Bescheidempfänger (Stand: 12.09.2017)“ verteilt. Sie macht darauf aufmerksam, dass Kleinmachnow nicht auf der Liste zu finden ist. Kleinmachnow hat also noch keinen Antrag gestellt. Sie möchte wissen, wie der Stand der Dinge ist.

Frau Braune kann dazu ausführen, dass der Antrag wohl fertig und unterschrieben ist und jetzt versendet werden soll.

Herr Piecha gab noch den Hinweis, dass es zwei Termine für die Antragstellung gab. Er geht daher davon aus, dass das die Bescheidempfänger sind, die für den ersten Termin einen Antrag gestellt haben.

Herr Warnick geht davon aus, dass der Antrag der Verwaltung noch rechtzeitig, vor dem 30. Oktober 2017, gestellt wird.

Frau Dr. Bastians-Osthaus informierte, dass das Elektromobilitätskonzept im Umweltausschuss verteilt wurde. Änderungen an diesem Konzept sind leider nicht mehr möglich, weil sonst die Frist nicht mehr eingehalten werden kann.

Auch Herr Martens möchte konkret von der Verwaltung wissen, ob dieser Antrag gestellt wurde und wenn nicht, wann er gestellt wird.

Frau Braune berichtet, dass nach ihrer Kenntnis der Antrag noch in dieser Woche versendet wird.

Frau Schwarzkopf fragt nach, wer der zuständige Fachbereichsleiter ist.

Frau Braune teilt mit, dass das der Fachbereichsleiter Bauen/Wohnen ist.

Frau Dettke äußert ihren Unmut darüber, dass der Antrag aus dem April 2017 ist, der eine Frist bis 30. Oktober 2017 hat und am 19. Oktober 2017 offensichtlich noch nicht

versendet wurde.
Warum erfolgt der Antrag so kurzfristig?

TOP 10	Sonstiges
---------------	------------------

Herr Warnick macht darauf aufmerksam, dass heute der neue Rechnungsprüfer, Herr Nicolai, anwesend ist und bittet ihn, sich kurz vorzustellen.
Herr Thomas Nicolai stellt sich kurz vor und berichtet, dass er seine Arbeit zum 1. Oktober 2017 aufgenommen hat.
Herr Nicolai wurde durch die Gemeindevertretung bestellt.
Frau Dettke äußert an dieser Stelle ihren Unmut darüber, dass sie beim Auswahlverfahren für die Stelle des Rechnungsprüfers nicht involviert war.
Des Weiteren wünscht Frau Dettke die Aufstellung eines Prüfplanes.
Herr Nicolai informiert, dass er sehr geordnete Unterlagen seines Vorgängers vorgefunden hat. Ihm liegt auch der geprüfte Bericht zum Jahresabschluss 2015 vor.
Herr Piecha nimmt Bezug auf die kritische Äußerung von Frau Dettke und teilt mit, dass die Verwaltung das Auswahlverfahren für den neuen Rechnungsprüfer nicht allein vorgenommen hat, sondern unterstützt wurde durch den Vorsitzenden der Gemeindevertretung, Herrn Tauscher.
Herr Tauscher bestätigt das und wünscht Herrn Nicolai an dieser Stelle viel Erfolg und eine gute Zusammenarbeit.
Herr Templin merkt an, dass die erste Aufgabe des Rechnungsprüfers die Prüfung des Jahresabschlusses 2016 sein wird.
Er möchte gern wissen, ob er für Fragen, die beispielsweise den Haushalt betreffen, zur Verfügung steht.
Herr Tauscher macht darauf aufmerksam, dass dem Rechnungsprüfer auch ein gesonderter Prüfauftrag erteilt werden kann, jedoch nur durch Beschluss der Gemeindevertretung.
Herr Martens bittet darum, dass zukünftig bei personellen Entscheidungen, der bzw. die Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses einbezogen wird.
Des Weiteren möchte er gern wissen, wenn Herr Nicolai für die Verwaltung auch beratend tätig wird, ob er dann keinen Interessenkonflikt sieht.
Dazu berichtet Herr Nicolai, dass er lediglich beratend tätig sein wird, jedoch nicht mehr. Daher sieht er keinen Interessenskonflikt.

Kleinmachnow, den 13.11.2017

Klaus-Jürgen Warnick
Vorsitzender des Finanzausschusses

Anlagen